

Amerigo Caruso
*»Blut und Eisen
auch im Innern«*
Soziale Konflikte,
Massenpolitik
und Gewalt
in Deutschland
vor 1914



Amerigo Caruso

**»Blut und Eisen
auch im Innern«**

**Soziale Konflikte, Massenpolitik
und Gewalt
in Deutschland vor 1914**

Mit einem Nachwort von Matteo Millan

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Über das Buch

Auch 150 Jahre nach der Reichsgründung von 1871 werden die Weltmachtambitionen, das Demokratiedefizit und die Reformfähigkeit des ersten deutschen Nationalstaats nach wie vor intensiv diskutiert. Die Geschichte der Gewalt im wilhelminischen Kaiserreich fand hingegen bislang erstaunlich wenig Beachtung, was vor allem an der retrospektiven Einordnung der Epoche vor dem Ersten Weltkrieg als »Zeitalter der Sicherheit« (Stefan Zweig) liegt. Amerigo Carusos Studie zeigt indessen, dass die Erosion der Sicherheit ein wesentliches Merkmal dieser Epoche war und wirft so neues Licht auf soziale Konflikte, Protestbewegungen, staatliche Repression und Privatisierung von Gewalt in den letzten Jahren des Kaiserreichs. Im Fokus stehen dabei die »reale« Bedrohung der wilhelminischen Ordnung durch Massenstreiks und demokratische Partizipation einerseits und die Konstruktion von Unsicherheit andererseits, wie sie in der Kriminalisierung politischer Gegner, in der Medialisierung von Gewalt, in der Militarisierung »loyaler« Bürger und in der Verbindung zwischen Antisozialismus und Radikalnationalismus ihren Ausdruck fand.

Mit einem Nachwort von Matteo Millan

Vita

Amerigo Caruso, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Inhalt

Einleitung

Aporien der Belle Époque

Struktur der inneren Sicherheit, Gewalt und Sozialdisziplin

Ziele und Aufbau der Studie

Sachsen, Preußen und das Kaiserreich transnational

Historische Analyseebenen und Methodenskizze

1. »Ein Geist der Ungebundenheit und Zuchtlosigkeit gelangt mehr und mehr zur Herrschaft«
Grenzen staatlicher Repression und diskursive Radikalisierung
Erosion der Sicherheit? Die Krisenschwelle von 1905
2. Massenmobilisierung und »Straßenpolitik«
Politische Demonstrationen in Sachsen
Ausnahmestand und Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung
Zwischenbilanz: Der ungewollte Dynamismus
3. Mit vereinten Kräften gegen »Streikterrorismus«
Polizeiverstärkung und Sicherheitshandeln in Industrieregionen

Waffenkultur, Gewalt und Hybridformen staatlich-privater Sicherheit

Die Gründung der Zechenwehren als »Ergänzung der Polizeimacht«

Zwischenbilanz: Grenzen des staatlichen Gewaltmonopols

4. Die Schattenseiten der wilhelminischen Ordnung
»Deutsche Pinkertons«? Privatwächter und bewaffnete Streikbrecher
Migrationsagenten und »moderner Sklavenhandel«
Zwischenbilanz: Gesteigerte Sicherheitsnachfrage und »versteckte Gewalt«
5. Antisozialismus und Nationalismus ohne Grenzen
Die Gelben als transnationale Bewegung
Transnationale Muster antigewerkschaftlicher Mobilisierung

Resümee und Ausblick: Das bedrohliche Erbe der wilhelminischen Ära

Nachwort: Die europäische Belle Époque zwischen Demokratisierung und Gewalt — Matteo Millan

Dank

Anmerkungen

Einleitung

1. »Ein Geist der Ungebundenheit und Zuchtlosigkeit gelangt mehr und mehr zur Herrschaft«
2. Massenmobilisierung und »Straßenpolitik«
3. Mit vereinten Kräften gegen »Streikterrorismus«
4. Die Schattenseiten der wilhelminischen Ordnung
5. Antisozialismus und Nationalismus ohne Grenzen

Resümee und Ausblick: Das bedrohliche Erbe der wilhelminischen Ära

Nachwort: Die europäische Belle Époque zwischen Demokratisierung und Gewalt

Anhang

Abbildungsnachweise

Quellen- und Literaturverzeichnis

Personenregister

Sach- und Ortsregister

Einleitung

Das wilhelminische Kaiserreich nimmt innerhalb der Narration der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert eine prominente Rolle ein und wurde von mehreren Historikergenerationen intensiv erforscht. Dennoch bleiben 150 Jahre nach seiner Gründung viele Fragen über die Weltmachtambitionen, das Demokratiedefizit und die Reformfähigkeit des ersten deutschen Nationalstaats offen. Während diese traditionellen Forschungsfelder auch nach der Erosion der Sonderwegsthese immer wieder Gegenstand kontroverser Diskussion sind, hat die Gewalt- und Sicherheitsgeschichte des Kaiserreichs bislang wenig Beachtung gefunden.¹ Die Ursache dieser Ausblendung ist die retrospektive Einordnung der Epoche um 1900 als »Zeitalter der Sicherheit«.²

Obwohl die europäischen Gesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg weit entfernt von der extremen Gewalt des »kurzen« 20. Jahrhunderts waren, ist die Vorstellung einer von Sicherheit und Fortschrittsoptimismus geprägten Belle Époque zu revidieren, weil sie dem verzerrenden Vergleich mit der Gewalteskalation nach 1914 bzw. 1918 geschuldet ist und auf einer dünnen empirischen Forschungsbasis beruht.³ Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet dabei das Feld der kolonialen Gewalt, das im Rahmen des aktuellen Interesses für Imperial- und Globalgeschichte intensiv untersucht wurde. Für das späte Kaiserreich nahm die brutale Unterdrückung des Herero-Aufstands in Deutsch-Südwestafrika eine besondere Stellung ein. Sie steht exemplarisch für die Spirale der Gewalt, die ein auf die Vernichtung des Gegners ausgerichteter Militäreinsatz

entfalten konnte.⁴ Imperiale Gewalt und vor allem kolonialer Rassismus blieben dabei nicht ohne Konsequenzen für die Innenpolitik, indem sie vor allem in rechtsextremen Netzwerken wie dem Alldeutschen Verband zu einer Radikalisierung der Agitation gegen interne Feinde, in erster Linie die Sozialdemokratie, führten.⁵

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Demokratisierung im Bereich des Politischen und weitgehend auch im gesellschaftlichen Leben fortgeschritten, jedoch überall unvollständig, vulnerabel, umkämpft und umwälzend. So konfliktbeladen Prozesse der Demokratisierung in der Belle Époque waren, so verliefen Arbeitskämpfe und politische Proteste im Gegensatz zu früheren und späteren Epochen überwiegend friedlich. Die Herausbildung demokratischer und partizipativer Strukturen galt dennoch als Gefahr für die bestehende Ordnung, insbesondere wenn sich – wie dies im deutschen Kaiserreich der Fall war – die Arbeiterbewegung als Motor der Demokratisierung durchsetzen konnte.⁶ Wenn auch Massendemokratie ein Schreckgespenst für die politischen und wirtschaftlichen Eliten darstellte, war autoritäre Repression angesichts der liberalen Grundordnung und des friedlichen, legalen Charakters von parlamentarischer Opposition und Protestbewegungen nur sehr begrenzt möglich. Ein allzu offensichtlicher Angriff auf rechtsstaatliche Prinzipien, individuelle Freiheiten und politische Partizipationsrechte hätte zu einer dramatischen Legitimationskrise der Vorkriegsordnung geführt.

Mit der neuartigen Dynamik des politischen Massenmarkts und der rasanten technischen sowie gesellschaftlichen Modernisierung verbreitete sich im wilhelminischen Deutschland das Gefühl, in unübersichtlichen Zeiten zu leben.⁷ Großstädte und Industriezentren wurden aufgrund ihrer Massenzuwanderung, der Politisierung und medialen

Durchdringung der Gesellschaft zum Experimentierfeld der Moderne und zum Austragungsort von Konflikten.⁸ Dabei ließ die rechtskonservative und radikalnationalistische Agitation Modernisierungskonflikte noch bedrohlicher erscheinen und versuchte, politisches Kapital daraus zu schlagen.⁹ Dies erwies sich in den letzten Jahren des Kaiserreichs aufgrund zunehmender internationaler Isolation und Einkreisungsphobien, aber auch gelähmter Parlamentarisierung und offener Debatten über die Zukunft des politischen Systems besonders destabilisierend.¹⁰ Konservative Eliten und Demokratisierungsgegner gerieten dadurch in ein Dilemma: Die Bedrohung der wilhelminischen Ordnung, die man im Aufstieg der Arbeiterbewegung, in der Entstehung der Massengesellschaft und der außenpolitischen Unsicherheit verkörpert sah, wurde immer präsenter, ihrer resoluten Bekämpfung waren jedoch enge Grenzen gesetzt.

Aporien der Belle Époque

Heterogenität, Kontraste und Widersprüchlichkeiten kennzeichneten den Durchbruch der Moderne im 19. Jahrhundert.¹¹ Sie verdichteten sich im Fin de Siècle und traten deutlich sichtbar in der politischen Kultur und institutionellen Architektur des Kaiserreichs hervor: Der erste deutsche Nationalstaat war einerseits autoritär und hierarchisch organisiert, andererseits basierte er durchaus auf demokratischer Partizipation und Rechtsstaatsprinzipien. Auf diesem Dualismus aufbauend, formierten sich um 1900 starke Widerstandskräfte – sowohl gegen die Aushöhlung der liberalen Ordnung als auch gegen die demokratische »Weiterentwicklung« der wilhelminischen Gesellschaft und ihrer politischen Institutionen.

Diese Widersprüche und verschiedenen Geschwindigkeiten der Modernisierung generierten zwangsläufig enttäuschte Erwartungen – bei Sozialisten und Linksliberalen ebenso wie bei Konservativen und Rechtsradikalen. Denn für die Verfechter der Demokratisierung war das Kaiserreich ein autoritäres Herrschaftssystem, in dem rechtliche Diskriminierung und Repression zum Alltag gehörten. Für Demokratiegegner hingegen war das wilhelminische System zu liberal und durch fehlende repressive Maßnahmen gegen politische Gegner und Protestbewegungen bedroht. Diese diametral entgegengesetzten Deutungsmuster wirkten in unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten plausibel. In den dadurch entstehenden Krisendiskursen wurden Forderungen nach mehr Sicherheit, sei es durch die Verschärfung bzw. strengere Regulierung staatlicher Repression oder durch die Privatisierung von Ordnungsfunktionen, laut. Darauf basierte das plurale, zunehmend kontroverse und politikmächtige Sicherheitsstreben der wilhelminischen Gesellschaft, das im Fokus dieser Studie steht.

Vor dem Ersten Weltkrieg war das Vertrauen in die liberale Gesellschaftsordnung noch weitgehend intakt und militante Gewaltbereitschaft eher ein Nischenphänomen.¹² Angesichts der Unübersichtlichkeit der Massengesellschaft entwickelten sich jedoch Krisenwahrnehmungen und Sicherheitsentwürfe besonders dynamisch. Hier ergab sich eine weitere Aporie der Belle Époque – die Aporie einer prekär pazifizierten Gesellschaft, in der Bedrohungskommunikation, Unsicherheitsgefühle und medialisierte Gewalt ständig präsent waren – und dies, obwohl Gewalt regulierter und Gefahren kontrollierbarer als je zuvor waren.¹³ Der daraus resultierende, als real imaginierte Sicherheitsbedarf rekurrierte auf Diskurse und Normen, die politische Proteste, Streiks und andere

»Unordnungsfaktoren« wie die Frauenbewegung, die Massenurbanisierung, das Nachtleben, aber auch Migration, Armut und Homosexualität kriminalisierten. Eine solche politische und mediale Konstruktion von Sicherheitsproblemen und -gefährdungen, die als Versicherunglichung bezeichnet werden kann, verfolgte das Ziel, autoritäre Kontrolle, Diskriminierung und repressive Gewalt gegen Protestierende, Außenseiter, Minderheiten und politische Gegner zu legitimieren.¹⁴ Prozesse der Versicherunglichung dienten als Rechtfertigung und boten Anlass für die Erweiterung der Sicherheitsfunktion des Staates, eröffneten jedoch auch neue Denk- und Handlungsspielräume für die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt.

Struktur der inneren Sicherheit, Gewalt und Sozialdisziplin

Das Bild des Kaiserreichs, das die historische Forschung in Bezug auf Themen wie Sozialdisziplinierung, Gewaltbereitschaft und politisch-gesellschaftliche Spaltung gezeichnet hat, ist kontrovers. Einerseits gilt der erste deutsche Nationalstaat als Hort des Militarismus und als Wiege rechtsradikaler Bewegungen, die sich einem zunehmend aggressivem Nations-, Rassen- und Männlichkeitskult bedienten.¹⁵ Andererseits war die Zahl der Opfer staatlicher Repression und politischer Gewalt niedrig – und zwar sowohl gegenüber anderen europäischen Staaten vor 1914 als auch im interepochalen Vergleich mit der Zeit nach der Novemberrevolution. Dennoch waren im wilhelminischen Deutschland potenzielle oder symbolische Formen der Gewalt weitverbreitet, wurden im Rahmen von Militärparaden und Kriegsgedenkfeiern für alle sichtbar zelebriert und

zementierten den hohen gesellschaftlichen Stellenwert von Waffen und Uniformen. Im Anschluss an die Ausrufung des Kaiserreichs in Versailles nach drei siegreichen Kriegen wurden Nationsentwürfe in Deutschland eng mit bellizistischen Diskursen, Militär- und Ehrenkult verknüpft.¹⁶ Kolonialkriege, Marinebegeisterung, allgemeine Wehrpflicht und Massenbeteiligung an Veteranenverbänden, Schützenvereinen und Organisationen für die paramilitärische Ausbildung der Jugend trugen ebenfalls dazu bei, dass in weiten Teilen der Gesellschaft der militärische Habitus so präsent wie prägend war.

Neben diesen Arenen potenzieller und symbolischer Gewalt waren verschiedene Formen physischer Gewalt und ausgelebten Waffenkults ein üblicher Bestandteil des täglichen Lebens: etwa in der Unterdrückung von Verbrechen und Außenseitern, bei Kneipenschlägereien, aber auch in der adlig-bürgerlichen Gesellschaft, zum Beispiel bei Duellen, in der Mensur und hinsichtlich der ostentativen Jagdleidenschaft.¹⁷ Zudem waren körperliche Strafen ein Grundbestandteil der im Kaiserreich dominierenden patriarchalisch-autoritären Erziehung – sowohl in der Familie als auch in der Schule.¹⁸ Im Osten des Reiches kamen Nationalitätenkonflikte zwischen Deutschen und Polen und ein virulenterer Antisemitismus hinzu, was alltägliche Gewalt und Ressentiments gegen Minderheiten noch stärker verbreitete, verfestigte und legitimierte.¹⁹ Schließlich äußerte sich Gewalt im Kontext von Streiks und politischen Demonstrationen. Ungeachtet des weitgehend friedlichen Charakters der Proteste gingen Arbeitskämpfe und öffentliche Kundgebungen stets mit verbalen Konfrontationen und »kleiner« Gewalt einher, teils wegen Polizeigewalt, teils wegen gewalttätiger Aktionen seitens der Protestierenden, meistens jedoch wegen

gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Streikbrechern.²⁰

»Kleine« Gewalt gehörte im Arbeitermilieu zum Alltag und prägte die proletarische Subkultur, sei es im Zusammenhang mit »unpolitischen« Konflikten, sei es im Kontext von Arbeitskämpfen und politischen Kundgebungen.²¹ Um 1900 nahm zudem die Verbreitung billiger Schusswaffen enorme Ausmaße an, ein Umstand, den die Presse skandalisierend kommentierte.²² Dies verschärfte die Ängste vor Gewaltkriminalität, sozialen Protesten und politischem Terrorismus. Dabei handelte es sich um unterschiedliche Unsicherheitsfaktoren, die jedoch in der ganzen westlichen Welt miteinander verknüpft wurden und ein allgemeines Bedrohungsszenario erzeugten, das auch Alkoholismus, Korruption und modernen »Sittenverfall« umfasste.²³

Gewalt als Verhaltensrepertoire der Unterschichten war dabei, ebenso wie die gewaltsame Disziplinierung von Normverletzern und Kriminellen, keineswegs ein gänzlich neues Phänomen.²⁴ Jedoch riefen Formen der Alltagsgewalt um 1900 ein noch nie dagewesenes Echo hervor, weil nicht-militärische Gewalt im Rahmen der friedensgewohnten und sich durch zivilisatorische Fortschrittserzählungen definierenden Ordnung der Belle Époque zunehmend tabuisiert war. Die entstehenden Massenmedien, allen voran die illustrierte Presse, trugen wesentlich dazu bei, Gewaltepisoden zu dramatisieren.²⁵ Dies geschah aus kommerziellen oder, sofern gegen den »Terrorismus« der Arbeiterbewegung gerichtet, aus politisch-ideologischen Gründen und führte dazu, dass die drei Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg wie auch die Zwischenkriegszeit und die 1970er Jahre zu den Epochen der deutschen Geschichte gehören, in denen repressives Handeln und Gewaltrechtfertigung besonders kontrovers diskutiert wurden und den politischen Raum bestimmten.²⁶

Die Eskalation der politischen Gewalt und die bürgerkriegsähnlichen Zustände am Anfang und am Ende der Weimarer Republik haben wie ein Magnet auf die historische Forschung gewirkt, sodass das »Zeitalter der Weltkriege« in Studien zur Gewalt in Deutschland dominiert. Problematisch ist dabei, dass die These des relativ gewaltarmen Charakters der Konfrontationen vor 1914 vor allem in Studien aufgestellt wurde, die sich primär mit der Epoche nach der Novemberrevolution beschäftigen und damit die Gewalteskalation des »Kriegs im Frieden« nach 1918 im Auge haben.²⁷ Ein weiterer Grund, warum innere Sicherheit und dabei vor allem die Privatisierung von Gewalt im Rahmen der Kaiserreichsforschung stiefmütterlich behandelt wurden, ist die Annahme, dass die Monopolisierung legitimer Gewaltsamkeit durch den Staat für die Epoche um 1900 abgeschlossen und damit Gewaltanwendung vonseiten eigenmächtig agierender Privatpersonen weitgehend unterbunden war. Dabei wird oft übersehen, dass die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols nicht zwangsläufig weniger Gewalt bedeutete, sondern vielmehr als ihre Konzentration in den Händen von »Gewaltspezialisten« aufgefasst werden sollte.²⁸ Außerdem führte die Herausbildung des staatlichen Gewaltmonopols keineswegs zur Annullierung, sondern vielmehr zur Regulierung privater Gewalt: Es gibt generell kaum historische Beispiele für eine flächendeckende Entwaffnung der Bevölkerung und eine vollständige Beseitigung nicht-staatlicher Sicherheitsakteure.

Die Widersprüche, die die Monopolisierung und Zentralisierung von Ordnungsfunktionen als konstitutive Aspekte moderner Staatsbildung kennzeichneten, waren um 1900 besonders sichtbar. Denn einerseits waren diese Prozesse, zum Beispiel im Bereich der Modernisierung der Polizei und der funktionalen Differenzierung der

Verwaltung, weit fortgeschritten; andererseits entstand im frühen 20. Jahrhundert – parallel zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols – ein moderner Markt für private Sicherheit mit Wachgesellschaften und Detektivagenturen, die wie Pilze aus dem Boden schossen.²⁹ Zudem konnten »private Bereiche besonderer Gewalt« in Fabriken und im Grundbesitz aufrechterhalten werden.³⁰ Aus historischer Sicht ist es deswegen zielführender, eine Auffassung vom staatlichen Gewaltmonopol zu entwickeln, die nicht die Beseitigung von privater Gewalt, sondern vielmehr die Prozesse und Konjunkturen der Regulierung, Überwachung und Unterdrückung von politischer Subversion und Kriminalität fokussiert.³¹

Die staatliche Verfügung über die Ressource »Gewalt« ging seit dem 19. Jahrhundert mit dem Versprechen einher, Ordnung und Sicherheit zu garantieren. Dabei blieben die Durchsetzung staatlicher Ordnungsfunktionen und die Handlungsspielräume für private Gewalt ein offener Verhandlungsprozess. Denn sie waren das Resultat dynamischer Bedrohungsdiskurse und Sicherheitskulturen, die sich im Spannungsfeld zwischen »starkem« Staat, wirtschaftlichen Interessengruppen, Massenmedien sowie politischen und sozialen Bewegungen herauskristallisierten.

Ziele und Aufbau der Studie

Die Studie ist in fünf Kapitel gegliedert. Die ersten beiden Kapitel nehmen die diskursive Radikalisierung und Verschärfung der konservativen Politik von Recht und Ordnung im späten Kaiserreich unter die Lupe. Im Mittelpunkt steht dabei die Untersuchung der Sicherheitsdiskurse und Repressionsstrategien, die sich

infolge der Intensivierung von Streiks und politischen Demonstrationen in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, insbesondere aber nach der transnationalen Krisenschwelle um 1905, herausbildeten. Es soll hier gezeigt werden, dass das Medienecho und die politischen Debatten, die Arbeitskämpfe und demokratische Massenpartizipation auslösten, zunehmend kontroverse Sicherheitsbestrebungen generierten.

Im ersten Kapitel wird dabei vor allem nach der Tragweite der politischen und medialen Auseinandersetzungen um den »Streikterrorismus« der Gewerkschaften gefragt und die daraus resultierende Entwicklung neuer Bedrohungsszenarien und Sicherheitskonflikte rekonstruiert. Des Weiteren werden transnationale Aspekte der Krisenerfahrung und -kommunikation in den Blick genommen, denn die Intensivierung der politisch-gesellschaftlichen Spannungen in der Massengesellschaft sowie das damit verknüpfte Gefühl, in unübersichtlichen Zeiten zu leben, waren europaweite Phänomene, die den gesamten Kontinent destabilisierten.

Das zweite Kapitel fokussiert die politischen Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht im letzten Jahrzehnt vor 1914 und dabei vor allem die Anfangsphase der Wahlrechtsbewegung in Sachsen im Krisenjahr 1905. Hier steht die Frage im Mittelpunkt, wie Regierung, Verwaltung, Parteien und Öffentlichkeit auf politische Mobilisierungsschübe reagierten. Die »Gewaltpolitik« moderner Straßendemonstrationen löste vehemente Auseinandersetzungen über demokratischen Wandel aus, die neue Sicherheitsbestrebungen sowohl auf Seiten der Behörden und in konservativen Kreisen als auch auf Seiten der Demonstrierenden hervorbrachten. Diese beinhalteten die Verstärkung der Polizeipräsenz und das Gefühl der Notwendigkeit staatlicher Machterweiterung mittels Notstandsgesetzen, aber auch die Bewaffnung

»loyaler« Bürger und die Entstehung von Selbstschutzformationen. Die Übernahme von Sicherheitsfunktionen durch nicht-staatliche Akteure erfolgte auf Seiten der Arbeiterbewegung ebenfalls, nämlich in Form eines Ordnungsdienstes während öffentlicher Kundgebungen oder einer »Arbeiterpolizei« während Streiks.

Das Kapitel zeigt, wie sich Debatten und konkrete Planungen über Ausnahme Gesetze, Mobilisierung bewaffneter Bürger und proletarischer Selbstschutzverbände im späten Kaiserreich herauskristallisierten – diese wurden nach Kriegsniederlage und Staatskollaps von 1918 in deutlich virulenterer Form reaktiviert. Schließlich werden die Widersprüche zwischen der anhaltenden Stigmatisierung der Sozialdemokratie als Gefahr für die nationale Sicherheit und der zunehmenden Respektabilität der organisierten Arbeiterbewegung diskutiert. Im Kontext der Massendemonstrationen für eine Reform des preußischen und sächsischen Wahlrechts wurde die Sozialdemokratie als Hauptträgerin der Proteste zwar verschärft attackiert, jedoch kam sie auch als Verhandlungspartnerin für die wilhelminischen Behörden in Frage. Denn diese betrachteten die organisierte Arbeiterbewegung nicht nur als Bedrohung, sondern zunehmend auch als eine mögliche disziplinierende Instanz.

Die Verstärkung der Krisenkommunikation und der Sicherheitsmaßnahmen gegen Streiks und demokratische Partizipation stellten die durchlässigen Grenzen des staatlichen Gewaltmonopols auf die Probe. Das dritte Kapitel setzt hier an und untersucht den legitimen Einsatz von Gewalt und die Neuverhandlung von Sicherheit in Zeiten industrieller Unruhen. Im Fokus stehen staatlich-private Hybridformen der Überwachung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Dabei werden Polizeiverstärkung und Privatisierung von

Sicherheitsaufgaben in Industrieregionen als zwei Seiten derselben Medaille betrachtet. Das Kapitel wirft so neues Licht auf Vigilanz- und Gewalthandlungen, die sich in einer Grauzone zwischen staatlichem und privatem Bereich bewegten. Konkret werden die Nutzung der preußischen Kommunalpolizei durch Unternehmer, die Militarisierung von Vorarbeitern und Aufsehern sowie die Entstehung unternehmerfinanzierter Einheiten ziviler Hilfspolizisten – die sogenannten Zechenwehren – untersucht.

Während das dritte Kapitel die staatlich-privaten Verflechtungen im Rahmen des wilhelminischen Sicherheitsstrebens beleuchtet, analysiert das vierte Kapitel die Aktivitäten und das Gewaltrepertoire von privaten, teils extra-legal agierenden Akteuren, die die Disziplinierung und Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern organisierten. Den Mittelpunkt des Kapitels bilden bewaffnete Streikbrecherbanden und professionelle Agenten, die »Arbeitswillige« schützten und diese an Unternehmen vermittelten. Im ersten Teil des Kapitels werden mehrere Episoden der gewaltsamen Repression durch bewaffnete Streikbrecher untersucht. Von besonderem Interesse sind dabei die politischen und medialen Kontroversen, die die Aktivitäten dieser »deutschen Pinkertons« hervorriefen. Der zweite Teil des Kapitels nimmt die Anwerbung und Ausbeutung von ausländischen Migrantinnen und Migranten durch international agierende, private Agenten in den Blick. Anhand dieser bisher weitgehend unerforschten Aspekte werden die Struktur der inneren Sicherheit und die »Schattenseiten« der wilhelminischen Ordnung aufgezeigt.

Das fünfte und letzte Kapitel beschäftigt sich mit den sogenannten gelben Gewerkschaften und den »nationalen« Arbeitervereinen, die in den letzten Jahren des Kaiserreichs rasant expandierten. Dieses Kapitel analysiert somit ein weiteres Cluster an antisozialistischen Diskursen und antigewerkschaftlichen Reaktionen, das im

Zusammenhang mit der Verschärfung der politischen und sozialen Konflikte zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstand. Zum einen werden hier die transnationale Dimension der »gelben Bewegung« und die Verflechtungen zwischen antigewerkschaftlichen Initiativen in Frankreich, der Schweiz, Deutschland und Österreich-Ungarn beleuchtet. Zum anderen werden die Organisationsformen und der Diskurs der »nationalen« Arbeitervereine rekonstruiert.

Das Kapitel zeigt, inwiefern die Gelben als ein Experimentierfeld zu betrachten sind, auf dem viele der bisher erwähnten Aspekte der diskursiven Radikalisierung und der Mobilisierung »loyaler« Bürger konkret umgesetzt wurden. Darauf aufbauend bietet der abschließende Teil dieses Kapitels eine Systematisierung der antigewerkschaftlichen, antisozialistischen und rechtsradikalen Organisationen, die sich im Kontext der neuen Bedrohungen und Versicherheitlichungsprozesse vor dem Ersten Weltkrieg europaweit formierten. Gefragt wird hier nach den transnationalen Mustern der Agitation und bewaffneten Mobilisierung gegen den »Feind im Inneren«.

Das dritte Kapitel sowie partiell auch der vierte und fünfte Teil dieser Studie wurden zunächst als eigenständige Aufsätze konzipiert und veröffentlicht.³² Aus dem Englischen und Französischen übersetzte Passagen dieser Texte bilden, neu sortiert und überarbeitet, die Basis des Bandes. Dabei wurden die empirischen und interpretativen Befunde aus den bereits publizierten Beiträgen systematisiert und anhand unveröffentlichten Quellenmaterials sowie neuer Literatur wesentlich erweitert. Matteo Millans Nachwort rundet diesen Band ab und eröffnet Einblicke in die Krisen-, Radikalisierungs- und Gewaltdynamiken in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Sachsen, Preußen und das Kaiserreich transnational

In den fünf Hauptkapiteln werden insbesondere Sachsen und Preußen als Teilstaaten des Kaiserreichs in den Blick genommen. 1910 zählten sie knapp 45 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, das heißt über zwei Drittel der Gesamtbevölkerung Deutschlands.

Modernisierungskonflikte, Politisierung und Gesellschaftswandel traten in beiden Staaten besonders verdichtet und umwälzend auf, vor allem in boomenden Metropolen und Industriezentren wie Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz und dem Ruhrgebiet. Regionale »Tiefenbohrungen« auf Sachsen und Preußen werden in ihrem engen Wechselverhältnis mit der nationalstaatlichen Ebene analysiert. Zudem betrachtet die Studie das Kaiserreich transnational. Dieser Ansatz ist in erster Linie empirisch motiviert, denn die Akteure, Organisationen und Diskurse, die im Zentrum des Interesses stehen, waren über regionale und nationale bzw. imperiale Grenzen hinweg wirksam. Dies gilt für die Aktivitäten der bewaffneten Streikbrecherbanden und Migrationsagenten, aber auch für die transnationalen Netzwerke von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Des Weiteren ist die europaweite, teils globale Dimension der multiplen Krise von 1905 und der Debatten um »Streikterrorismus« unübersehbar.

Untersucht man die Geschichte Deutschlands im frühen 20. Jahrhundert, so ist die Bereitschaft, lokale und transnationale Perspektiven miteinander zu verbinden, besonders erforderlich.³³ Denn das Kaiserreich wuchs zwar nach 1871 als Nationalstaat schnell zusammen, behielt dabei aber eine ausgeprägt föderale Struktur bei und entwickelte sich zugleich als kontinentales und koloniales Empire mit Weltmachtambitionen. Deutschland war

innerhalb seiner Grenzen polyzentrisch und hybrid, nach außen zunehmend global vernetzt.³⁴ Diese drei Ebenen des Lokalen, Nationalen und Transnationalen sind daher konstitutiv für das wilhelminische Kaiserreich. Sie werden in dieser Studie anhand vergleichender Überlegungen ergänzt, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Bezug auf die diskursive Radikalisierung, die Verstärkung der autoritären Kontrolle und die Privatisierung von Gewalt in Deutschland, Europa und Nordamerika punktuell zu rekonstruieren.³⁵ Dieser transnational-vergleichende Ansatz ist unerlässlich, um die globale Komplexität wirtschaftlicher und politischer Interessen sowie die »werdende Globalität« der sozialen Bewegungen und medialen Debatten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu berücksichtigen.³⁶

Historische Analyseebenen und Methodenskizze

Die Studie ist anhand einer Methodenverknüpfung von struktur- und kulturgeschichtlichen Paradigmen konzipiert, das heißt, soziale und politische Basisprozesse werden mithilfe kulturgeschichtlicher Methoden und Fragen neu perspektiviert.³⁷ Dabei stehen drei Ebenen im Fokus:

- 1) Zunächst werden Konfliktformen und -ereignisse in den Kontext der umfassenden politisch-gesellschaftlichen Transformationen der Hochmoderne eingeordnet. Es ist also nach den Verflechtungen zu fragen, die zwischen einzelnen Konflikten, Gewalthandlungen und konkreten Sicherheitsmaßnahmen einerseits und übergreifenden Handlungsfeldern, gesellschaftlichen Strukturen und politisch-institutionellen Prozessen andererseits bestanden. Dabei werden strukturorientierte und

akteurs- bzw. handlungsbezogene Herangehensweisen verknüpft.³⁸

- 2) Die zweite Ebene dieser Studie betrifft die kulturgeschichtliche und diskursanalytische Erörterung politisch-gesellschaftlicher Konflikte. Hier werden also die Sprache des Politischen, die mediale Inszenierung von Gewalt sowie die Konstruktion und Emotionalisierung von Unsicherheit als Grundbestandteile der sozialen und politischen Spannungen des wilhelminischen Kaiserreichs betrachtet.³⁹
- 3) Die dritte Ebene umfasst mikrohistorische Blicke auf soziale Konflikte und die Analyse von »kleiner« Gewalt.⁴⁰ Hier werden das Gewaltrepertoire, die Handlungsspielräume und die Funktionen staatlicher und nicht-staatlicher »Sicherheitsakteure« untersucht.⁴¹ Chris Millington hat am Beispiel der politischen Gewalt in Frankreich vor und nach dem Ersten Weltkrieg gezeigt, dass gewaltsame Mikroepisoden und Gewaltroutinen ein ergiebiger Indikator sind, um zu verstehen, wie tief Gewalt in eine Gesellschaft und ihre politische Kultur eingedrungen ist.⁴² Der mikrohistorische Zugang bietet sich dabei auch als eine Ergänzung zu aktuellen Tendenzen und Schwerpunktsetzungen der historischen Gewaltforschung an, die sich vor allem auf Makro- bzw. Medienereignisse wie terroristische Attentate konzentriert und damit die Ebene der Gewalt- und Sicherheitspraktiken im Alltag eher vernachlässigt.⁴³

Gewalt ist als historisches Phänomen aufgrund ihrer Heterogenität schwer zu erfassen – vor allem was die fließenden Grenzen zwischen physischer Gewalt, Zwang, Macht und Diskriminierung angeht.⁴⁴ Privatisierte Gewalt

ist dabei besonders schwer ausfindig zu machen.⁴⁵ Um die skizzierten drei Ebene des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit empirisch zu untersuchen, wurden heterogene Quellengattungen einbezogen: zum einen Regierungsprotokolle, Denkschriften und behördliche Dokumente aus verschiedenen Ministerien, regionalen Verwaltungsbehörden und Polizeidirektionen; zum anderen Briefwechsel und interne Berichte von Unternehmern; schließlich auch Quellen zu öffentlichen Debatten und zum politischen Diskurs, das heißt Zeitungsartikel, Pamphlete, parlamentarische Reden und Parteiprogramme. Diese Kombination aus Archivmaterial und publizistischen Quellen ermöglicht es, Gewalt und Sicherheit multiperspektivisch zu untersuchen. Im Spannungsfeld der pluralen politisch-gesellschaftlichen Gegensätze im späten Kaiserreich werden so die Konstellationen der organisierten Arbeiterbewegung, der Industriellen und ihrer Organisationen, der rechtsradikalen Verbände sowie konservativer Regierungs- und Verwaltungskreise greifbar.

Dieser methodisch-konzeptionelle Einstieg wäre nicht vollständig ohne eine Einordnung der Ansätze der historischen Sicherheitsforschung, auf die sich die Studie bezieht. Denn diese Ansätze erscheinen besonders geeignet, um neue Zugänge und Sichtweisen auf die Geschichte des Kaiserreichs zu eröffnen.⁴⁶ Die aktuelle Forschung nimmt »Dynamiken der Sicherheit« in den Blick, das heißt »die Funktionsweisen, den Wandel und die Konkurrenz verschiedener Sicherheitsentwürfe«.⁴⁷ Diese Aspekte sind für das wilhelminische Kaiserreich von zentraler Bedeutung, denn in den Jahrzehnten vor 1914 führten politischer Pluralismus, Medialisierung und Gesellschaftswandel zu einer Intensivierung der kommunikativen Konstruktion von Bedrohungen sowie zu kontroversen Diskussionen über mögliche Gegenmaßnahmen. Von besonderem Interesse sind dabei

die bereits erwähnten analytischen Kategorien von Sicherheitskultur und Versicherheitlichung.⁴⁸ Als heuristische Werkzeuge dienen sie dazu, den Sicherheitsbegriff zu historisieren sowie den Stellenwert und die politische Funktionalisierung von Sicherheit in einer Gesellschaft zu eruieren.⁴⁹ Dieser Ansatz ist konstruktivistisch geprägt und betrachtet dementsprechend die diskursive Hervorbringung von (Un-)Sicherheit als dynamischen Prozess, der mit politischer Kommunikation, Feindbildkonstruktionen und herrschenden Inklusions- bzw. Exklusionsmechanismen zusammenhängt.

Ausgehend von einem erweiterten Sicherheitsverständnis, wie es die aktuelle Forschung postuliert, werden in dieser Studie Bedrohungsdiskurse und Ordnungsfunktionen nicht mehr nur auf den Staat bezogen, sondern auch in erweiterter Perspektive kultur- und sozialhistorisch untersucht. Im Folgenden geht es vor allem darum, die tiefgreifenden Konflikte, die mit der Versicherheitlichung von Streiks und politischen Protesten einhergingen, zu analysieren und dadurch die Dynamiken der diskursiven Radikalisierung, repressiven Gewalt und autoritären Kontrolle in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg zu rekonstruieren.

1. »Ein Geist der Ungebundenheit und Zuchtlosigkeit gelangt mehr und mehr zur Herrschaft«

Im Jahr 1869 brachen auf dem Gebiet des späteren Kaiserreichs 152 Arbeitskämpfe aus, sechsmal mehr als noch im Vorjahr.¹ Auch nach dem Deutsch-Französischen Krieg – während der sogenannten Gründerjahre – ebte diese Streikwelle nicht ab, sondern erreichte mit insgesamt 800 Arbeitskämpfen und 200.000 Streikenden zwischen 1871 und 1873 neue Höchstzahlen.² Dieser plötzliche Aufschwung der Arbeiterbewegung ist zurückzuführen auf die liberale Reform der Gewerbeordnung, die im Sommer 1869 vom Reichstag des Norddeutschen Bundes verabschiedet und mit der Gründung des Kaiserreichs auf ganz Deutschland ausgedehnt wurde. Die Reform war Teil der liberalen Wirtschaftsordnung des neuen Nationalstaats und beinhaltete neben Maßnahmen, um die Mobilität von Kapital und Arbeit zu fördern, die Aufhebung der bis dahin herrschenden Koalitionsverbote, das heißt das Recht, sich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden anzuschließen.³ Die neue Gewerbeordnung war im Geist der bürgerlich-liberalen Bestrebungen nach Vereins- und Versammlungsfreiheit konzipiert, führte jedoch von Anfang an dazu, dass auch die entstehende Arbeiterbewegung die neuen Freiheitsrechte für sich beanspruchte und ausgiebig nutzte.

Der unmittelbare und sprunghafte Anstieg der Streiks nach Inkrafttreten der Reform wirkte wie ein Schock auf die politischen und wirtschaftlichen Eliten des frühen

Kaiserreichs. Dies galt vor allem in Preußen und Sachsen, wo die Industrialisierung bereits vorangeschritten war und im Laufe der 1860er Jahre auch deutschlandweit die ersten Arbeiterorganisationen mit sozialistischen Ansätzen gegründet worden waren.⁴ Als 1872 die Streikwelle der Gründerjahre den Höhepunkt erreichte, beklagte sich der preußische Handelsminister Itzenplitz bei Bismarck, dass seit der Aufhebung der Koalitionsverbote unter den Arbeitern »ein Geist der Ungebundenheit und Zuchtlosigkeit mehr und mehr zur Herrschaft« gelange.⁵ Während die politischen Führungsschichten in erster Linie die Verbindung zwischen Arbeitskämpfen und sozialistischer Agitation befürchteten, richtete sich die Auflehnung der Industriellen gezielt gegen die Koalitionsfreiheit. Sie sahen Streiks als Missbrauch der Koalitionsrechte und versuchten, die organisierte Arbeiterbewegung als »staatsgefährdend« zu diffamieren. Hierzu bedienten sich die Unternehmer und ihre Presse eines medizinischen Vokabulars, das die »krankhafte Arbeiterbewegung« und das »Streikfieber« der Gründerjahre als »Seuche« brandmarkte.⁶ Das ausschlaggebende Argument, um die Regierung zu repressiven Maßnahmen gegen Streiks zu bewegen, war, dass diese nicht rein wirtschaftliche, sondern auch politische Ziele verfolgten – es sich somit um eine Machtfrage handelte.⁷

Diese und ähnliche Angriffe auf das Koalitionsrecht blieben bis zum Zusammenbruch des Kaiserreichs eine Konstante und wurden von der Presse der Arbeiterbewegung permanent kritisiert. Noch im November 1913 hieß es in einem Leitartikel der sozialdemokratischen Parteizeitung *Vorwärts* unter der Überschrift »Infame Hetze«: »Das deutsche Unternehmertum, vom kleinen Gewerbetreibenden bis zu dem Reichsten der Reichen, vereinigt sich in geschlossener

Front zu dem Vorstoß gegen das Koalitionsrecht.«⁸ Die hier als Hetze bezeichnete Kombination von Medienkampagnen und Lobbyarbeit deutscher Unternehmer gegen das Streikrecht wurde von den Behörden allerdings teilweise kritisch gesehen und als tendenziös abgelehnt.⁹ Der wilhelminische Staat sah sich mit Freiheits- und Sicherheitserwartungen diametral unterschiedlicher Interessengruppen konfrontiert: einerseits Arbeiterbewegung und linksliberale Verfechter der Demokratisierung, andererseits Unternehmerorganisationen und rechtsradikale Agitationsverbände. Dieser Antagonismus hatte sich auf Basis der Kontraposition zwischen Befürwortern der Reichsgründung und »Reichsfeinden« in der Bismarckzeit dynamisch weiterentwickelt.

Als Wilhelm II. zu Beginn seiner Regierungszeit 1889 eine Delegation streikender Bergarbeiter empfing, wurden grundlegende Aspekte der Argumentationslogik gegen die Streikbewegung bereits deutlich sichtbar. Einerseits ermahnte der Kaiser die Arbeiterdelegierten, dass »Gewalt oder Drohungen« gegen Arbeitswillige nicht tolerierbar seien, andererseits drohte er selbst, die sich abzeichnende Zusammenarbeit der Arbeiterbewegung »mit sozialdemokratischen Kreisen« gewaltsam zu unterdrücken.¹⁰ Antisozialismus und Schutz der Arbeitswilligen kristallisierten sich im ausgehenden 19. Jahrhundert als Eckpfeiler heraus und sollten bis 1914 zentrale Punkte der konservativen Mobilisierung gegen die Arbeiterbewegung bleiben.

Der Aufstieg sozialer Bewegungen und die Entstehung der modernen Mediengesellschaft bildeten eine wichtige Grundlage für die Intensivierung der Debatten über Gewalt und Sicherheit um 1900. Diese thematisierten nicht nur »Streikterrorismus«, sondern auch andere skandalisierte Bedrohungen wie politische Attentate, Gewaltkriminalität,

technische Unglücke, Korruption und modernen »Sittenverfall«. ¹¹ Dabei wiesen die medialen Auseinandersetzungen um die Protestaktionen der Arbeiterbewegung strukturelle Ähnlichkeiten mit skandalisierenden Debatten über Homosexualität und Korruption oder mit der Moralpanik über die Gewalt und angebliche kriminelle Disposition proletarischer Unterschichten auf. ¹² Die Frage des Streikterrorismus war dennoch wegen ihrer ausgesprochen politisch-ideologischen Aufladung, die bei der Dramatisierung von Verbrechen nicht in vergleichbarer Weise festzustellen ist, und der sensationalisierten Darstellung von Gewalt, die bei Homosexualität und Korruption nicht gegeben war, virulenter als andere Skandale.

Streiks in Deutschland vor 1914 sind weitgehend aus der Perspektive der Arbeiterbewegung untersucht worden, deutlich seltener jedoch aus der Sicht von Unternehmern und Behörden. Die Diskurse um »Streikterrorismus« und die damit verknüpften repressiven Strategien dienen hier als Sonde, um einen neuen Blick auf einige zentrale Aspekte der Geschichte des späten Kaiserreichs zu werfen, etwa auf die Struktur der inneren Sicherheit und ihre öffentliche Skandalisierung oder auf gesellschaftliche Spaltungen und politische Polarisierung.

Grenzen staatlicher Repression und diskursive Radikalisierung

Im August 1898 traten in Potsdam, der Residenz- und Garnisonsstadt preußischer Könige seit dem späten 17. Jahrhundert, die Maurer in Streik. ¹³ Vor dem Bahnhof organisierten die Arbeiter Streikposten und verhinderten so wirkungsvoll, dass Streikbrecher in die Stadt gelangten. Der Arbeitskampf spielte sich nur wenige Kilometer vom

Neuen Palais im Park von Sanssouci, der Hauptresidenz Wilhelms II., ab und wurde vom Kaiser als offener Affront betrachtet. Er beschloss daher, das Thema des Streikterrorismus auf der nächsten Sitzung des Kronrats zu behandeln.¹⁴ Hier erörterte Wilhelm II. mit seinen Ministern, wie groß die Gefahr sei, dass die Sozialdemokratie in absehbarer Zukunft die ganze Arbeiterklasse kontrollieren werde. Seiner Argumentation zufolge blieb, um Recht und Ordnung zu bewahren, nur noch die Möglichkeit, Bismarcks alte Strategie von »Blut und Eisen« wiederzubeleben - nun auf dem Feld der Innenpolitik. Laut Sitzungsprotokoll bekundete der Kaiser, er werde sich »im Notfall auf die Bajonette stützen, da es scheint, dass in Deutschland ohne Blut und Eisen auch im Innern gesunde Zustände nicht herbeizuführen sind.«¹⁵ Aus den Krisengesprächen im Zuge des Maurerstreiks in Potsdam entstand eine Gesetzesinitiative, die sogenannte Zuchthausvorlage, um Streikposten unter Haftstrafe zu stellen.

Wilhelm II. beschloss, seinen Vorstoß gegen Streikterrorismus im Rahmen einer Rede in Bad Oeynhausen im September 1898 bekannt zu machen. Die Öffentlichkeit war jedoch bereits darüber informiert, denn der *Vorwärts* hatte Enthüllungen über den geplanten Gesetzentwurf veröffentlicht.¹⁶ Daraufhin kritisierten Gewerkschaften und Sozialdemokraten vehement die Zuchthausvorlage und drohten mit Massenprotesten im Falle ihres Inkrafttretens.¹⁷ August Bebel bezeichnete das Vorhaben als »Schmach und Schande« für Deutschland, was heftige Reaktionen der Konservativen provozierte.¹⁸ Auch die Liberalen traten öffentlich gegen die Zuchthausvorlage ein, besonders aktiv waren dabei der angesehene Nationalökonom Lujo Brentano, Friedrich Naumanns Nationalsozialer Verein und die *Frankfurter Zeitung*, das Sprachrohr des liberalen Bürgertums

Südwestdeutschlands.¹⁹ Die Unternehmerkreise, allen voran ihre Gallionsfigur Carl Ferdinand von Stumm, ein persönlicher Freund des Kaisers, reagierten hingegen euphorisch auf die angekündigten Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung. Mit ihnen schienen sich die jahrzehntelangen Forderungen nach Einschränkung der Koalitionsfreiheit und Schutz der Arbeitswilligen zu erfüllen.

Im November 1898 einigten sich Wilhelm II. und Reichskanzler Hohenlohe-Schillingsfürst auf die dringende Notwendigkeit, der »Anwendung physischen und psychischen Zwanges in den sozialen Kämpfen mit allem Nachdruck entgegenzutreten«.²⁰ Sie waren zuversichtlich, dass die Zuchthausvorlage »eine sehr empfindliche Einschränkung des Streikterrorismus herbeiführen« werde.²¹ Wilhelm II., bereits auf dem Weg zu seinem zweiten Staatsbesuch im Osmanischen Reich, gelang es dennoch, sich aktiv an der Ausarbeitung der Gesetzesinitiative zu beteiligen. Im Mai 1899 wurde die Zuchthausvorlage im Reichstag eingebracht, dort allerdings mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Liberalen und des Zentrums abgelehnt.

Mit der Zuchthausvorlage scheiterte nicht das erste repressive Gesetz gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung.²² Obwohl sich das Postulat des Arbeitswilligenschutzes zum politischen Slogan des rechten Spektrums entwickelte und mit der Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung gleichgesetzt wurde, waren um 1900 Maßnahmen nach dem Muster der Sozialistengesetze von 1878 nicht mehr tragfähig.²³ Öffentlicher Druck zusammen mit parlamentarischer Opposition setzten staatlichem Handeln und politischen Repressionsstrategien neue Grenzen.

Die Geschichte der gescheiterten Zuchthausvorlage ist paradigmatisch für das späte Kaiserreich. Denn sie zeigt,